

## NATIONALE DEMONSTRATION 19.9.2009

---

Paul Rechsteiner, SGB Präsident

### **Eine Demonstration für Respekt und Würde - und die Wende**

Wir demonstrieren gegen die Provokationen hier im Bundeshaus.

Gegen eine Politik, die 68 Milliarden Franken in die UBS investiert, jetzt aber, diese Woche, wirksame Massnahmen gegen die Krise verweigert. Obwohl die Krise durch nichts anderes als durch die Missbräuche im Finanzsektor verursacht worden ist. Wenn nicht bald etwas Wirksames geschieht, dann werden wir eine Massenarbeitslosigkeit (und eine Jugendarbeitslosigkeit) haben, die es in der Schweiz überhaupt noch nie gab.

Wir protestieren gegen die Politik des Sozialabbaus bei der AHV und bei der Arbeitslosenversicherung, die derzeit im Bundeshaus aufgegleist wird.

Meine Damen und Herren im Bundeshaus. Wir müssen Ihnen sagen: Es reicht!

Wir haben genug von den Boni-Rittern. Genug von den Managern mit ihren Lohnexzessen und goldenen Fallschirmen, die im Bundeshaus auch noch politisch gestützt werden.

Wir haben genug von Managern, die den andern die Löhne und die Arbeitsbedingungen drücken und sich selber die Tasche füllen. Wenn bei den SBB, den Bundesbahnen, der CEO inzwischen mehr als das Doppelte eines Bundesrates kassiert, und jetzt dieser CEO den Bähnlerinnen und Bähnlern bei Verspätungen den hart verdienten Lohn kürzen will, dann ist das nichts anderes als ein Missbrauch seiner Stellung, eine unsägliche Arroganz.

Wir haben genug von einer Politik, die Jahr für Jahr die Steuern für die Reichen und die hohen Einkommen senkt und alle anderen mit höheren Krankenkassenprämien plagt. Es braucht mehr und nicht weniger Steuern für die Reichen. Wir müssen die Reichtums-Steuer wieder auf die Agenda setzen.

Wir haben genug von den Liberalisierungen, die uns allen nur Nachteile bringen. Wie jetzt wieder bei der Post. Wir sagen Nein zu schlechteren Leistungen zu höheren Preisen für die Bevölkerung. Und nein zur ständigen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Pöstlerinnen und Pöstler, nur damit ein paar wenige ihre Profite machen können.

Wir haben genug von politischen Parteien und von Politikern und Politikerinnen, die sich von den Banken und den Versicherungen bezahlen lassen.

Und wir haben genug von der Politik des Sozialabbaus auf dem Buckel der Bevölkerung. Den Rentensenkungen bei den Pensionskassen, den angekündigten Rentensenkungen und dem höheren Rentenalter bei der AHV. Und den Leistungskürzungen bei der Arbeitslosenversicherung, die ausgerechnet die jungen Arbeitslosen und die Langzeitarbeitslosen treffen werden. Wir müssen diesen Sozialabbau mit Referenden bekämpfen.

Und wir kämpfen gegen die Arroganz der grossen und kleinen Chefs in den Unternehmen, denen die neoliberale Politik in den Kopf gestiegen ist, (gegen ihre Verhöhnung der einfachen Leute). Es gab eine Zeit, wo ein Konzern, der im Geld schwimmt, sich nicht getraut hätte, Leute mit über 60 Jahren und über 40 Dienstjahren einfach auf die Strasse zu stellen. Heute meinen sie, sich alles leisten zu können. (Duttweiler würde sich im Grab umdrehen, wenn er zusehen müsste, wie sogar die Migros nicht mehr davor zurückschreckt, ältere und gesundheitliche angeschlagene Mitarbeiter nach Jahrzehnten im Betrieb an die Arbeitslosenkasse abzuschieben.) – Zu viel ist faul in diesem Land.

Denn was hält die Schweiz zusammen? Es ist nicht das viele Geld der Reichen. Es sind die Leute, die gute Arbeit leisten und dafür anständig bezahlt und behandelt werden. Es ist der Sozialstaat mit einer guten AHV und einer leistungsfähigen Arbeitslosenversicherung. Es ist ein funktionierender Service Public, vom öffentlichen Verkehr über die Post bis hin zum Gesundheits- und Erziehungswesen. Und es ist die Demokratie und nicht das Diktat der Banken.

Wir brauchen einen Staat, der die Arbeitsrechte schützt. Der dafür sorgt, dass Mitgliedern von Personalkommissionen nicht gekündigt werden kann. - Denn die Gewerkschaftsrechte sind kein Selbstzweck. Es sind die Arbeitsrechte, die die Leute schützen. Die dafür sorgen, dass die Manager mit der Belegschaft nicht alles machen können. Die Gewerkschaftsrechte stützen die Demokratie.

Es fehlt nicht am Geld, weder weltweit noch erst recht nicht in der Schweiz. Weltweit ist seit dem Beinahe-Grinding des Finanzsystems die gigantische Summe von 20'000 Milliarden Dollar in Banken und die Wirtschaft investiert worden. Jetzt braucht es ein Programm für eine soziale und eine ökologische Politik.

Wir verlangen den Respekt und die Würde. Wir verlangen Mindestlöhne statt Lohnexzesse. Gute Renten für die Älteren und Perspektiven für die Jungen. Und endlich eine wirksame Politik gegen die Krise.